

# Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2198. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— erscheint an jedem Werktag —  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,65 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm  
30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Rechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörsdorf, Bretzig, Hanswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. E. Försters Erben (Zuh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 136

Freitag, den 14. Juni 1929

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Ueber das Vermögen des Wirtschaftsbekkers und Holz- und Kohlenhändlers Arthur  
Osakar Gebauer in Bretzig Nr. 175 wird heute am 13. Juni 1929, nachmittags 1/5 Uhr  
das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Dr. Jentsch in Großhörsdorf wird zum Konkursverwalter ernannt.  
Konkursforderungen sind bis zum 28. Juni 1929 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl  
eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden-  
falls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der  
angemeldeten Forderungen auf

den 6. Juli 1929, vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas  
schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabsorgen oder leisten, muß auch den Besitz  
der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgeforderte Befriedigung beansprucht,  
dem Konkursverwalter bis zum 28. Juni 1929 anzeigen.

Das Amtsgericht zu Pulsnitz

Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg haben im

## Das Wichtigste

Die für Deutschland ungunstige Quoten des Einwanderungsgesetzes  
werden am 1. Juli 1929 unwiderruflich wirksam, da der Senat am  
Donnerstag jede weitere Erörterung der Ursprungs Klausel ablehnte.  
Nach einer Meldung Berliner Blätter ging auf dem See Kastoria in  
Macedonien ein Segler mit 110 Personen unter, 15 Personen  
ertranken.

In einer Anrede bei einem Frühstück der liberalen Partei in London  
forderte Lloyd George die Regierung auf, unverzüglich die britischen  
Truppen aus dem Rheinland zurückzuziehen und von den anderen  
Mächten zu verlangen, ihrem Beispiel zu folgen.

## Deutsche und sächsische Angelegenheiten

(Besteuerung der Kraftfahrzeuge nach  
der zurückgelegten Wegstrecke) Verschiedentlich ist  
angeregt worden, zum Zwecke der Besteuerung von Kraft-  
fahrzeugen Zählwerke anzuwenden, welche die vom Fahrzeuge  
zurückgelegte Wegstrecke angeben. Die Frage, ob es möglich  
ist, für diesen Zweck geeignete, in der Anschaffung nicht zu  
teure Apparate herzustellen, die zuverlässig anzeigen und vom  
Steuerpflichtigen nicht beeinflusst und leicht an jedem Fahrzeug  
angebracht werden können, wird zurzeit vom Reichsverkehrs-  
ministerium gemeinsam mit anderen Reichsministerien und  
den am Kraftfahrwesen beteiligten Spitzenverbänden geprüft.  
Zunächst ist beim Reichsverkehrsministerium ein Prüfungsausschuss  
gebildet worden. Die Durchführung der erforderlichen  
Laboratoriumsversuche hat Dr. Ing. Weder übernommen.

(Erfolge der Einheitskurzschrift) Der  
Sächsische Stenographenverband veröffentlicht anlässlich seiner  
am 15. und 16. Juni in Bautzen stattfindenden Hauptver-  
sammlung den Geschäftsbericht für das Jahr 1928/29, der  
auf allen Gebieten eine erfolgreiche und segensreiche Tätig-  
keit im Dienste der amtlichen Deutschen Einheitskurzschrift  
erkennen läßt. Die Mitgliederzahl ist auf 29258 gestiegen.  
In Anfängerkursen der Vereine wurden 7624 Personen in  
die Einheitskurzschrift eingeführt. Die größere Zahl der  
Neuunterrichteten stellen erfahrungsgemäß die sächsischen Schu-  
len. Eine Statistik hierüber wurde seit Einführung der Ein-  
heitskurzschrift erstmalig aufgenommen und befindet sich noch  
in Bearbeitung. Die Preisausschreiben des Verbandes hat-  
ten bei wesentlich steigender Beteiligung auch erhöhte Leistungen  
zu verzeichnen, die sowohl in größerer Preiswürdigkeit  
wie auch in höheren Schreibgeschwindigkeiten zum Ausdruck  
kommen. So konnten beim Schnellschreiben 82 % der Ar-  
beiten ausgezeichnet werden, darunter in Geschwindigkeiten  
bis zu 400 Silben in der Minute.

Opd. (Gewerkschaftsmitgliedschaft kein  
Kündigungsgrund!) Ein außerordentlich bedeutames  
Urteil für die Sicherung der Vereinigungsfreiheit und den  
Schutz der gewerkschaftlichen Betätigung verkündete kürzlich  
das Reichsarbeitsgericht. Es entschied, daß unter „Abreden  
und Maßnahmen, welche die im Satz 1 geleistete Verein-  
igungsfreiheit einzuschränken und zu behindern suchen“ im  
Sinne des Artikels 159 der Reichsverfassung auch Kündi-  
gungen zu verstehen sind. Danach sind Kündigungen, die  
wegen der Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organi-  
sation erfolgen, nicht und verpflichten den Arbeitgeber zum  
Schadenersatz. Das Urteil des Reichsarbeitsgerichtes ist be-  
sonders wichtig, weil es das freie Kündigungsrecht des Ar-  
beitgebers einschränkt.

(Die Mütterberatung in Vichtenberg)  
findet am Mittwoch, den 19. Juni, nachmittags 1/3 Uhr  
in der Schule statt.

Großhörsdorf. (Vorsicht vor Kreuzottern.)  
Als sich am Wandertage hiesiger Volksschule (11. Juni) eine

## Deutschlands Bauern fordern Lohn für ihre Arbeit

Parole der Reichsbauernfront: Durch Kampf zum Sieg

Die interfraktionellen Besprechungen über die Arbeitslosenversicherung — Der englische Botschafter bei Stresemann

Königsberg, Ostpr. Tausende von Landwirten hatten  
sich in der ostpreussischen Hauptstadt zusammengefunden, um  
dem deutschen Volke die schwere Notlage der deutschen Land-  
wirtschaft vor Augen zu führen. Oberamtmann von Scha-  
Wongern betonte, der ostpreussische Bauer entferne sich nur  
ungern von seiner Arbeit und von seinem Hofe. So müsse  
ein gewichtiger Anlaß für die Rundgebung vorliegen. Die  
Ostpreußenhilfe stelle keine wirkliche Hilfe dar. Diese könne  
nur bringen die Wiederherstellung der land-  
wirtschaftlichen Rentabilität. Ob diese durch  
Zölle oder sonstwie zu erreichen sei, darüber könne sich der  
praktische Landwirt seinen Kopf nicht zerbrechen. Die  
Bauern verlangen aber, daß ihre Arbeit auch ihren  
Lohn finde. In dem Kampf um die Wiederherstellung  
der Rentabilität und die Gesundung des ganzen deutschen  
Wirtschaftslebens ständen Bauern, Großgrundbesitzer und  
Pächter treu nebeneinander.

Landwirt Schimanzi-Waschulken wies auf die  
äußerste Not hin, die die ostpreussische Landwirtschaft zu  
dieser Rundgebung geführt habe.  
Der deutsche Bauer wolle mit leeren Versprechungen nicht  
mehr abgefpeißt werden.

Die sogenannten Hilfen seien „Wiedergutmacherei“ für  
das, was falsche Steuern und falsche Wirtschaftspolitik den  
Landwirten aus ihrer Wirtschaft genommen hätten.

Danach führte Rentengutsbesitzer Franz-Luisenhof  
aus, von der Agrarnot seien alle landwirtschaftlichen Besitz-  
gruppen betroffen. Der aus wirtschaftlicher Bedrängnis ge-  
borene Entschluß des Landwirts Grigull-Leitwarsen, mit  
seiner ganzen Familie aus dem Leben zu scheiden, habe wie  
ein Blitz die ganze

furchtbare Tragödie der ostpreussischen Landwirtschaft  
erhellte. Das Wort „Siedlung“ sei zum Schlagwort gewor-  
den. Die meisten Politiker hätten keine Ahnung davon, wie  
mühsam die Siedler kämpfen müßten, um sich über Wasser  
zu halten.

## Hindenburgs Gruß an Ostpreußen.

„Saltet aus im Sturmgebraus!“

Der Präsident des Reichslandbundes, Minister a. D.  
Schiele, legte unter dem Beifall der Versammlung die  
Ziele und die Forderungen der Reichsbauernfront dar.  
Aus der Rede Schieles sind folgende Sätze sehr be-  
merkenswert: Eine kaufkräftige deutsche Landwirtschaft wiege  
alle überseeischen Kunden unserer Industrie mehr als ein-  
mal auf. Wie ein Keulenschlag treffen jeden, der Deutsch-  
lands Lage verantwortungsbewußt erkennt, die jeglichen Pa-  
riser Beschlüsse. Nicht wirtschaftliche Vernunft, sondern nur  
das Eingreifen politischer Machtverhältnisse könne sie er-  
klären. Dieser Plan verstoße gegen das klare Recht, da er  
die Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht berücksichtige. Die  
im Reichstag gestellten Anträge der Reichsbauernfront be-  
deuten beginnenden Ausgleich im Sinne gerechterer Bewer-  
tung der landwirtschaftlichen Produktion, bedeuten weitere  
Lebensmöglichkeit und Arbeitsmöglichkeit in der Hoffnung  
auf die endgültige Gesundung. Leider sehe das Landvolk  
die Reichsregierung in diesem entscheidenden Kampfe in  
a l l z u z ö g e r n d e r Haltung.

Kaufenthaltung bedeute gegenwärtig Bestehenhaltung!  
Eine solche Wirtschaftsführung sei nicht nur privatwirt-  
schaftlich, sondern auch volkswirtschaftlich das allein Richtige.  
„Ich habe vorgestern die hohe Ehre gehabt, dem Herrn  
Reichspräsidenten über unsere Lage Bericht zu erstatten. Der  
Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, seinen lieben Ost-  
preußen herzliche Grüße zu überbringen. Der Herr General-  
feldmarschall ruft euch zu: Saltet aus im Sturmgebraus der

Zeit. Seid einig, treu und unverzagt. Ostpreussische Zähig-  
keit hat den Sieg in der Schlacht von Tannenberg errungen.  
Saltet auch heute den Kopf hoch in alter Preußentreu!“

Verbandsvorsitzender Strüvy faßte die Reden in die  
nötigen Folgerungen zusammen. Notwendig sei Aus-  
gleichung von Ausgaben und Einnahmen mit einem bescheidenen  
Ueberschuß. Steuern und Abgaben dürften nur vom  
Reinertrag bezahlt werden.

Die Landwirtschaft fordere bis zur Auswirkung des  
Rentabilitäts- und Produktionsprogramms

Befreiung von öffentlichen Abgaben und Ausgaben auf der  
einen, weitere Senkung des Zinsendienstes auf der anderen  
Seite für die gesamte ostpreussische Wirtschaft. Die Besei-  
tigung des polnischen Korridors sei die Vor-  
aussetzung für eine endgültige politische und wirtschaftliche  
Gesundung der Provinz Ostpreußen. Daneben müsse die  
wirtschaftspolitische Selbsthilfe treten, größte Sparamkeit  
im persönlichen Verbrauch und im Wirtschaftsbetrieb. „Nicht  
kamplos wollen wir untergehen, und wenn es denn sein  
muß, dann gemeinsam. Bis dahin aber gilt die Losung:  
Durch Kampf zum Sieg!“

## Die interfraktionellen Besprechungen über die Arbeitslosen-Versicherung

Wie der „Vorwärts“ über die interfraktionellen  
Besprechungen über die Arbeitslosenversicherung berichtet,  
lassen die tagelangen Verhandlungen bereits die Größe der  
Gegensätze zwischen dem Standpunkt der Sozialdemokraten  
und dem Standpunkt der bürgerlichen Parteien erkennen.  
Der Standpunkt der bürgerlichen Parteien sei zwar nicht  
einheitlich, doch sei es bisher dem Zentrum, das sich um  
eine Verständigung zwischen der Auffassung der Sozial-  
demokratie und der deutschen Volkspartei bemühe, nicht ge-  
lungen, eine Basis zu finden, die einen erfolgreichen Ausgang  
der Verhandlungen wahrscheinlich mache. Die sozialdemo-  
kratische Reichstagsfraktion habe am Donnerstagabend den  
Bericht ihrer Vertreter über den bisherigen Verlauf der  
Verhandlungen entgegen genommen und ihre Haltung gebilligt.  
Sie halte daran fest, daß die Verabschiedung des Sofort-  
programmes nur im Zusammenhang mit der Beitragserhöhung  
und der Saisonarbeiterunterstützung möglich sei.

## Der englische Botschafter bei Stresemann

Berlin, 13. Juni. Dr. Stresemann empfing am  
Donnerstag nachmittags den englischen Botschafter Sir George  
Graham, der gegenwärtig England im Völkerbundsrat vertritt,  
zu einer längeren Unterredung im Parkhotel. Man dürste  
in der Annahme nicht fehlgehen, daß im Laufe dieser Unter-  
redung der jetzt weiter einzuschlagende Weg für die Verhand-  
lungen der Locarno-Mächte über die endgültige Regelung der  
Tributfrage, der Rheinlandräumung und der Kontrollfragen  
erörtert worden ist.

Dr. Stresemann empfing sodann den Präsidenten der  
Saar-Regierung, Wilton.

Am Abend gab der König von Spanien ein Essen für  
die Mitglieder des Völkerbundsrates, zu dem auch eine  
größere Anzahl spanischer Granden geladen war. In der  
Nacht findet ein Empfang beim deutschen Botschafter, Grafen  
Welczel, statt, an dem die spanische Regierung, das diplo-  
matische Korps und die Völkerbundsabordnungen teilnahmen.

